

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Forschung und Technologie (18. Ausschuß)

zum Antrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/4179 —

Beendigung des Forschungsprojekts Eurobrüter (ERUG)

A. Problem

Die Bundesregierung soll die Förderung der Schnellbrutreaktor-
technologie im europäischen und nationalen Bereich aufgeben.

B. Lösung

Beibehaltung der bisherigen Förderpolitik.

Ablehnung des Antrags

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternative

keine

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 11/4179 – abzu-
lehnen.

Bonn, den 25. Oktober 1989

Der Ausschuß für Forschung und Technologie

Catenhusen	Maaß	Frau Bulmahn
Vorsitzender	Berichterstatter	

Bericht der Abgeordneten Maaß und Frau Bulmahn

1. Überweisung

Der Antrag wurde in der 143. Sitzung der 11. Wahlperiode am 11. Mai 1989 zur federführenden Beratung dem Ausschuß für Forschung und Technologie und zur Mitberatung dem Haushaltsausschuß und dem Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

2. Inhalt und Zielsetzung des Antrags

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, das Projekt Eurobrüter nicht weiter zu fördern, keine weiteren finanziellen Mittel für Forschung und Entwicklung im Bereich der Brutreakorttechnologie zur Verfügung zu stellen und das Projekt SNR 300 in Kalkar einzustellen.

Der Antrag wird damit begründet, daß nach heutiger Erkenntnis diese Technologie weder zur Energieversorgung benötigt wird noch aus gesellschaftspolitischen, technologiepolitischen und wirtschaftlichen Gründen verantwortbar sei.

3. Beratungsverlauf

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 21. Juni 1989 mit der Mehrheit der Stimmen der Frak-

tionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN den Antrag abgelehnt.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat aus Termingründen auf eine Beratung der Vorlage verzichtet.

Der Ausschuß für Forschung und Technologie hat den Antrag in seiner Sitzung am 25. Oktober 1989 beraten. Die Mitglieder der antragstellenden Fraktionen betonten, daß nach ihrer Ansicht eine weitere Förderung der Brutreakorttechnologie nicht im Interesse der Bundesrepublik Deutschland liege. Die Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU vertraten dagegen die Auffassung, daß die Bundesregierung die Brutreakorttechnologie in dem derzeitigen, aus wirtschaftlichen, energiepolitischen und technologiepolitischen Gründen verantwortbaren Rahmen weiter fördern soll.

Der Ausschuß hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 1989 die vorliegende Beschlußempfehlung mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN verabschiedet.

Bonn, den 25. Oktober 1989

Maaß Frau Bulmahn

Berichterstatter

